

BDO KÜRT ERSTMALS DIE MOBILITÄTSKNOTEN DES JAHRES

Deutschlands Drehscheiben



Die Jury des neuen Wettbewerbs „Mobilitätsknoten des Jahres“ konnte mehr als 2.000 Vorschläge nachgehen

Trommelwirbel, Fanfarenklänge und ein Tusch wären eigentlich angemessen gewesen. Am 18. August hat die Jury des neuen Wettbewerbs „Mobilitätsknoten des Jahres“ offiziell die Sieger bekannt gegeben. Unter den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern konnte sich Hannover gegen die renommierte Konkurrenz der Metropolen durchsetzen. Bei den kleineren Ortschaften mit weniger als 50.000 Bürgerinnen und Bürgern hatte Zella-Mehlis die Nase vorn. Unter den mittelgroßen Städten zwischen 50.000 und 500.000 Einwohnern erreichte Mannheim den Spitzenplatz. Alle drei ausgezeichneten Orte machen es dem Menschen vor Ort in vorbildlicher Weise möglich, über verschiedene Verkehrsmittel hinweg mobil zu sein – ein zunehmend wichtiger Faktor für die Attraktivität in Städten und Gemeinden.

Für die Jury war die Auswahl während der Sitzungen in Berlin mit viel Arbeit bei heißen Temperaturen verbunden. Aufgrund der beeindruckenden Zahl an Bewerbungen und Nominierungen konnten die beteiligten Experten mehr als 2.000 Vorschläge für 150 Städte und Gemeinden sichten und evaluieren. Zahlreiche Bürgermeister und Gemeindevertreter hatten sich direkt um den Titel beworben. Zudem war der Wettbewerb aber auch für Vorschläge aus der Bevölkerung offen.

Am 1. und 10. August 2017 trafen sich für die finale Auswahl neben dem Jury-Vorsitzenden

Christian Wiesenhütter, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, auch Christoph Gipp, Geschäftsführer des IGES Instituts, Christian Löw, geschäftsführender Gesellschafter der Prima Klima Reisen GmbH, Anja Ludwig, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des bdo, Wolfgang Marahrens, Verkehrsberater und ehemaliger Geschäftsführer des ZOB Hamburg, Maik Nothnagel, Referent für Barrierefreiheit beim Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., sowie Fabian Stenger, Geschäftsführer FlixBus DACH GmbH. Gemeinsam bewerteten sie Faktoren wie etwa den Stand der Barrierefreiheit, die Gesamtlage und die Qualität der Anbindung verschiedener Verkehrsträger. Die Sieger konnten in der Summe mit ihrem Leistungspaket überzeugen. Die ausgegebene Auszeichnung zeigt nun öffentlichkeitswirksam auf, wo Städte und Gemeinden ihren Bürgern eine gute Infrastruktur zur Verfügung stellen – und soll damit zur Nachahmung anregen.

Neben den offiziellen Siegern in den drei Kategorien gemäß Einwohnerzahl wurde auch Erfurt als „Standort mit Potenzial“ gewürdigt. Ob es für die Stadt darauf aufbauend mit kleinen Verbesserungen vielleicht bald für einen Spitzenplatz reicht, wird die Zukunft zeigen. Denn nach dem überaus erfolgreichen Auftakt will der bdo den neu aufgelegten Wettbewerb 2018 in die zweite Runde schicken.

BDO INITIIERT NEUES THEMEN-LAB

Digital Denken

Passend zum Thema könnte man im Tonfall der modernen Internetwirtschaft von einem Kick-off-Meeting sprechen. Am 18. Juli fand in Berlin das Auftakttreffen für das neue „bdo-Lab Digitalisierung“ statt. In diesem Denk- und Kommunikationsforum wird von nun an die Zukunft der Busbranche unter den Vorzeichen des mobilen Internets und all seiner Möglichkeiten ins Auge gefasst.

Seit geraumer Zeit schon beschäftigt sich der Verband intensiv mit dem Thema Digitalisierung. Im neuen bdo-Lab sind nun aber erstmals mittelständische Busunternehmerinnen und -unternehmer offiziell zusammengekommen, die dieses Thema aktiv ausgestalten wollen. Beim Auftakttreffen und im Gespräch mit Verantwortlichen des Mobilitäts-Start-ups Door2Door hat sich die große Bandbreite der Thematik Digitalisierung gezeigt: vom aktuellen Tagesgeschäft und der damit verbundenen – zunehmend digitalen – Unternehmensorganisation bis hin zur Vision des Nahverkehrs der Zukunft.

Das neue Format „Lab“ soll den internen Austausch genauso ermöglichen wie die Erarbeitung offizieller Positionierungen des bdo. Es gilt, Ideen und Projekte zu entwickeln beziehungsweise einzuordnen und zu bewerten, um sie letztendlich für die Branche nutzbar zu machen. Ziel ist es, den Fahrgästen in Zukunft möglichst überall und jederzeit einen umweltfreundlichen und bezahlbaren öffentlichen Verkehr zu bieten, der sie dazu bringt, freiwillig den Pkw stehen zu lassen.



In lockerer Runde wurde über grundlegende Fragen der digitalen Zukunft gesprochen

IMPRESSUM Herausgeber

Bundesverband Deutscher
 Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -3 00
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -4 00
 Internet: www.bdo.org
 E-Mail: info@bdo.org
V.i.S.d.P. Christian Wahl
Redaktion Christian Wahl

BDO-UNTERNEHMER-WORKSHOP TOURISTIK

Schneise durch das Paragrafendickicht

Wer als Busunternehmer touristische Reisen anbietet, der braucht neben betriebswirtschaftlichen Kenntnissen mittlerweile auch ein juristisches Staatsexamen sowie die Zusatzqualifikation als Steuerberater. So scheint es zumindest, wenn man sich beispielsweise mit aktuellen Entwicklungen im Reiserecht beschäftigt. Aus diesem Grund bietet der bdo am 20. September einen Unternehmer-Workshop an, der über aktuelle Änderungen und ihre Folgen für die tägliche Praxis informiert. Auf dem Programm stehen bei der Veranstaltung in Berlin neben dem angesprochenen neuen Reiserecht auch die gewerbsteuerliche Hinzurechnung von Hotelkäufen sowie die EU-Mehrwertsteuersystematik. Ausgewiesene Fachreferenten erklären die Grundlagen, zeigen in praktischen Tipps konkrete Handlungsmöglichkeiten auf und beantworten Fragen. Detaillierte Informationen zu den Referenten und Preisen, das detaillierte Workshop-Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Interessierte unter

www.bdo-events.de

Der bdo informiert über seinen Workshop TOURISTIK

BDO BEOBACHTET DRAMATISCHE VERDRÄNGUNGSBEWEGUNG GEGEN PRIVATE BUSUNTERNEHMEN

Ernsthafte Bedrohung für den freien Markt

Große Sorge um die Mitgliedsunternehmen mischt sich mit der Angst, dass hier nicht nur die Privatwirtschaft in einer einzelnen Branche, sondern auch gleich das Grundverständnis des freien Marktes untergraben werden soll. Hintergrund ist, dass den bdo nahezu täglich Meldungen aus Thüringen und vielen anderen Bundesländern über Vorgänge im ÖPNV erreichen, die zum Ziel haben, das Miteinander privater und kommunaler Unternehmen zu beenden. Absehbar bringt diese Entwicklung eine Verteuerung des ÖPNV mit sich.

Die derzeit massivste Variante, Private aus dem Markt zu drängen, erfolgt in drei Schritten: Die Aufgabenträger sorgen zunächst dafür, dass geschlossene Leistungsverträge – egal wie – gekündigt werden. Wenn die Un-

ternehmen sich dagegen wehren, werden von kommunaler Seite keine Zahlungen mehr geleistet. Die Insolvenz der betreffenden privaten Unternehmen nehmen Aufgabenträger dabei in Kauf. Sollten sie nicht zum Aufgeben bewegt werden können, nehmen die Aufgabenträger sogar die Insolvenz der kommunal beherrschten ÖPNV-GmbH in Kauf. Dies hat zur Folge, dass die Zahlungstitel der privaten Verkehrsunternehmen nicht vollstreckt werden können und ein willfähiger Insolvenzverwalter über Paragraph 103 Insolvenzordnung jetzt die Leistungsverträge ruhend stellen kann. Als Konsequenz folgt die Insolvenz des privaten Verkehrsunternehmens.

Als Vertreter der Interessen des privaten deutschen Omnibusgewerbes sieht der bdo diese Entwicklung mit großer Sorge. Der Appell lautet, sich für den Erhalt der bewährten ÖPNV-Struktur in Deutschland einzusetzen und eine Abschaffung des privaten Verkehrsgewerbes mit aller Kraft zu verhindern. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat deutlich gezeigt, dass das Wirken des freien Marktes einen positiven Effekt bringt und nicht die Allmacht öffentlicher Betriebe.



Immer öfter gehen private und kommunale Unternehmen getrennte Wege

BDO SIEHT NACH DEM DIESEL-GIPFEL WEITER HANDLUNGSBEDARF

Für eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs

Beim Fußball würde man ein wenig nonchalant sagen: Da war mehr drin. Das „Nationale Forum Diesel“ behandelte aber nicht die liebste Sportart im Lande, sondern kreiste vielmehr um eine der drängenden gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Wie können die Luftqualität in Städten verbessert und der Verkehr reduziert werden? Mit dem Treffen vieler wichtiger Beteiligten wurde aus Sicht des bdo gewissermaßen ein Auftakt gemacht. Mehr aber nicht.

Der bdo begrüßt so zwar die vom „Nationalen Forum Diesel“ verabschiedeten Ziele als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Eine Nachrüstung von Pkw mittels Softwareupdates wird jedoch nicht reichen, wesentliche Luftverbesserungen zu erreichen und die Emissionsminderungsziele des Verkehrssektors einzuhalten. Hierfür ist es entscheidend, Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs zu forcieren. Busse können beispielsweise bis zu 30 Pkw ersetzen, womit sie einen wertvollen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten.

„Vom Diesel-Gipfel hätte ein bedeutsames Signal für die Stärkung des öffentlichen Verkehrs ausgehen können. Leider ist das nicht geschehen“, sagte Anja Ludwig, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des bdo, zu dem Treffen. „Um der Verkehrswende wirklich zum Erfolg zu verhelfen und den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu senken, wären mutigere Maßnahmen erforderlich gewesen.“

„Wir begrüßen, dass bestehende Förderprogramme zur Anschaffung von Elektro-, Erdgas- und Hybrid-Oberleitungsbussen deutlich aufgestockt werden sollen“, so Ludwig weiter. „Dabei ist allerdings zu beachten, dass auch mittelständische Busunternehmen partizipieren können. Wir brauchen unkomplizierte, praxistaugliche Förderprogramme, die auch auf klein- und mittelständische Unternehmen zugeschnitten sind.“

Augenmaß ist zudem erforderlich beim Blick auf Forderungen nach einer schnellen Umstellung der Fahrzeugflotten hin zu Elektroantrieben: Laut Umweltbundesamt hätte eine Umstellung aller Diesel-Busse auf elektrische Antriebe keine signifikante Auswirkung auf die Luftqualität. Wirtschaftlich wäre dieser Wandel aber im Grunde nicht zu stemmen. Eine entscheidende Rolle kommt daher auch mittelfristig weiterhin dem Diesel-Bus zu, der sowohl im ÖPNV als auch auf der Fernlinie noch ohne echte Alternative ist.

© bdo (o.), bluedesign/stock.adobe.com

ANPASSUNG DER REGELUNGEN ZU LENK- UND RUHEZEITEN AN BEDÜRFNISSE DER BUSBRANCHE NOTWENDIG

Es herrscht Handlungsbedarf

Positive Entwicklungen sind in der Praxis erkennbar. Es bleibt aber dennoch aufseiten der europäischen Politik bei den Sozialvorschriften für Omnibusfahrer noch viel zu tun. So lässt sich der Sachstand beim Blick auf die Regelungen der Lenk- und Ruhezeiten derzeit zusammenfassen.

Das Gute: Ein aktueller Bericht der EU-Kommission zur Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr weist erneut eine erfreuliche Entwicklung bei festgestellten Verstößen aus. Danach sind in den Jahren 2013 und 2014 die bei Kontrollen festgestellten Zuwiderhandlungen im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum um 15 Prozent zurückgegangen. Das Untersuchungsergebnis zeigt damit, dass die Anstrengungen der Busunternehmen für ein Mehr an Sicherheit wirken.

Vor dem Hintergrund dieses positiven Ergebnisses kommt es bei den anstehenden Beratungen zum Mobility Package in Brüssel nun auf eine umfassende Untersuchung der Verordnung 561/2006 zu Lenk- und Ruhezeiten unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Busverkehrs an. „Hierbei muss die Chance genutzt werden, Vorschriften zu entwickeln, die den Bedürfnissen unserer Fahrgäste und Fahrer besser entgegenkommen. Denn ein Fahrgast ist kein Frachtgut“, so Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer.

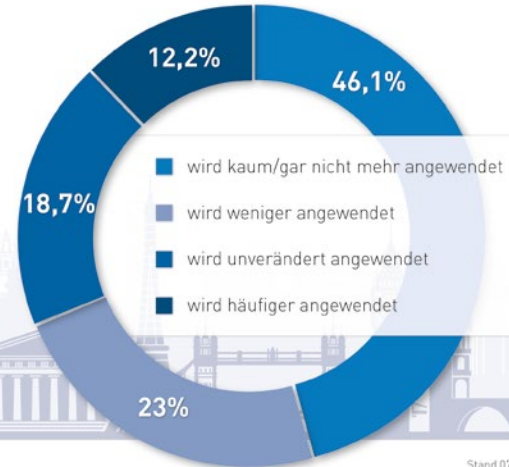


bdo-Umfrage des Monats - Juli 2017

Wie verhält sich die Anwendungshäufigkeit der aktuellen modifizierten 12-Tage-Regelung nach der VO 561/2006 im Vergleich zur vorhergehenden „alten“ 12-Tage-Regelung nach der VO 3820/85 in Ihrem Unternehmen?



Quelle: Erhebung durch bdo, 230 Teilnehmer



Stand 07/2017

Dass dieses Nachsteuern und Anpassen notwendig ist, brachte exemplarisch eine Umfrage des bdo aus dem Juli zutage. Sie zeigte, dass die modifizierte 12-Tage-Regelung aufgrund einiger Konstruktionsfehler in der Praxis kaum noch Anwendung finden kann. Annähernd 70 Prozent der befragten Unternehmer gaben an, dass sie im Vergleich zur besseren Vorgängerversion

weniger beziehungsweise kaum oder gar nicht angewendet wird. Im Rahmen der Arbeit am Mobility Package der EU-Kommission sollte dies in den kommenden Jahren ausgebessert werden. Eine Reihe weiterer Punkte bedarf aus Sicht des bdo ebenfalls noch der Anpassung an die realen Bedürfnisse von Fahrgästen, Fahrern und Unternehmen in der Busbranche.

LÄNDERÜBERGREIFENDE KOOPERATION DER DEUTSCHSPRACHIGEN BUSUNTERNEHMENSVERBÄNDE

Gemeinsam handeln und mehr erreichen



Das Treffen an der Ostseeküste soll Rückenwind für die Branche bringen

Das Treffen hat zwar mittlerweile eine gewisse Tradition, ist aber keineswegs angestaubte Routine. Auch 2017 sind wieder die Spitzenvertreter der Omnibusverbände aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Luxemburg zu einer Arbeitssitzung zusammengekommen. Mit Nachdruck haben sie beim Jahrestreffen in Warnemünde am 20. Juli ihre Einigkeit betont. Gemeinsam wollen sie die Brancheninteressen auf europäischer Ebene etwa im Hinblick auf die aktuellen Initiativen der EU-Kommission vertreten. Ein zentraler Punkt dabei: Die Lenk- und Ruhezeitenregelungen müssen besser auf die Anforderungen der Branche ausgerichtet werden. Bezüglich der aktuellen Initiativen der EU-Kommission betonten die Verbandsvertreter einstimmig, dass die Interessen und Eigenheiten der Busbranche in den derzeitigen Vorschlägen zu den Sozialvorschriften nicht ausreichend zu finden seien. Gemeinsam wollen die vier Länder auf Verbesserungen hinarbeiten.

„Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zu den Lenk- und Ruhezeiten lassen erkennen, dass die Besonderheiten der Branche entweder nicht erkannt oder ignoriert wurden“, waren sich die Spitzen der Busverbände ausnahmslos einig. „Hier wollen wir im Schulterchluss ansetzen und auf gute Lösungen für Fahrgäste, Fahrer und Unternehmen hinwirken“, sagten sie am Rande der Veranstaltung und bestärkten so ausdrücklich ihr länderübergreifendes Zusammenwirken. Zu den Inhalten des Treffens führten sie weiter aus: „Im Hinblick auf die aktuellen Ziele und Herausforderungen der Omnibusbranche herrscht große Einigkeit bei den anwesenden Verbandsvertretern, dass wir gemeinsam mehr erreichen können und wollen. Dies gilt beispielsweise für den Abbau bürokratischer Hindernisse.“ Neben den aktuellen politischen Initiativen waren die Diskussionen der Sitzung auch geprägt von Fragen zum digitalen Wandel im Busverkehr.

THÜRINGENS UMWELTMINISTERIN ANJA SIEGSMUND ZU BESUCH BEI E-MOBILITÄTS-PIONIEREN IN BAD LANGENSALZA

Vorausschauen und vorangehen

Es war ein fairer Tausch, der sich am 4. August in Bad Langensalza abspielte. Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund erhielt beim Besuch im Bus-Unternehmen Salza Tours nebst vielen Informationen auch einen bunten Begrüßungsblumenstrauß. Im Gegenzug lobte die Grünen-Politikerin das Engagement der Firmenlenker für die Elektromobilität. Das Familienunternehmen – und nicht ein großer städtischer Verkehrsbetrieb in kommunaler Hand – nimmt in Thüringen eine Vorreiterrolle ein, wenn es um das Thema geht.

Seit dem Sommer 2016 sind zwei E-Fahrzeuge für Salza Tours im regulären Betrieb erfolgreich im Stadtverkehr unterwegs. Möglich wurde dies mittels der Förderung durch das Landesinfrastrukturministerium sowie die Un-



Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund mit den Busunternehmern Lutz und Mario König (v.l.n.r.)

terstützung durch die Stadt. Vor allem aber waren es der Einsatz und der Enthusiasmus im Familienunternehmen, die diesen Beitrag zum Schutz der Umwelt auf den Weg gebracht

hatten. „Die Pionierarbeit, die hier geleistet wird, ist beispielgebend“, lobte so auch Anja Siegesmund die „mutigen Unternehmer“ im Rahmen ihres Besuchs. Wenn die große Industrie nicht mitziehe, so die Politikerin, würden eben mittelständische Unternehmen den Markt erschließen.

Die Landesministerin nahm im Rahmen ihres Besuchs unter anderem an einem Arbeitsfrühstück teil und ließ sich ein erstes Fazit nach 14 Monaten Nutzung der E-Busse präsentieren. Es folgte eine Gesprächsrunde zum Thema, bei der die aktuell bestehenden Hindernisse auf dem Weg zur weiteren Elektrifizierung der Busflotte geschildert wurden. Genauere Eindrücke verschaffte sich die Ministerin zudem bei der folgenden Besichtigung der Fahrzeuge.

LSV UND POLIZEI SACHSEN STARTEN SICHERHEITSKAMPAGNE ZUM SCHULBEGINN

So kommen ABC-Schützen sicher von A nach B

Kurz nach Beginn des neuen Schuljahrs in Sachsen – und dem damit wieder zunehmenden Berufsverkehr – haben die Polizei Sachsen und der Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes e.V. (LSV) die Sicherheitskampagne „Die Schule hat begonnen!“ gestartet. Sie soll Autofahrer zu besonderer Vorsicht und rücksichtsvollem Fahren im Bereich von Schulen und Haltestellen sowie in den Wohngebieten aufrufen. Denn: Insgesamt 38.500 Erstklässler sind seit Ferienende besonderen Situationen auf ihrem Schulweg ausgesetzt. Sie müssen erst lernen, Gefahren im Straßenverkehr schnell und richtig einzuschätzen. Darauf machte bei der Veranstaltung auch Sachsens Innenminister Markus Ulbig aufmerksam.

„Ich kann nur an alle Auto-, Krad- und Radfahrer appellieren, auf unsere ABC-Schützen

Rücksicht zu nehmen. Runter vom Gas! Auch wer langsamer und bremsbereit fährt, kommt ans Ziel. Das sollte uns die Sicherheit unserer Kinder, für die neben dem Schulalltag auch das Zurechtfinden im Verkehrsgeschehen neu ist, wert sein“, sagte Innenminister Markus Ulbig zum Auftakt der Aktion auf dem Dresdner Theaterplatz.

Gemeinsam mit Mädchen und Jungen aus Dresdner Grundschulen, dem Geschäftsführer des Landesverbandes des Sächsischen Verkehrsgewerbes (LSV), Dietmar von der Linde, und dem Polizeimaskottchen Poldi beklebte der Minister zahlreiche Funkstreifenwagen der Polizei sowie Omnibusse mit großformatigen Aufklebern. Sie sollen Autofahrer daran erinnern, dass Schulanfänger zu Fuß, per Rad oder in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind.

„In den nächsten vier Wochen werden die Busse im öffentlichen Personennahverkehr und Polizeifahrzeuge mit dem Slogan ‚Die Schule hat begonnen‘ unser Straßenbild prägen“, so LSV-Präsident Wieland Richter. „Ziel der Kampagne ist es, auf unsere Schulanfänger aufmerksam zu machen und damit die Verkehrsteilnehmer für ein umsichtiges Verhalten zu sensibilisieren.“



Sachsens Innenminister Markus Ulbig (Mitte) informiert sich mit LSV-Geschäftsführer Dietmar von der Linde (rechts) über Verkehrssicherheit

WBO: 2. FERNBUSKONGRESS IN MANNHEIM

Es braucht mehr als ein Haltestellenschild

Die Akteure der Fernbusbranche müssen sich noch besser untereinander austauschen und vernetzen. So lautet eine zentrale Erkenntnis des Branchentreffs in Mannheim, der nach 2015 zum zweiten Mal tagte. „Eine sinnvoll gestaltete und ausgestattete Fernbushaltestelle benötigt je nach Größe und Haltefrequenz einiges mehr als ein Haltestellenschild. Barrierefreie, wettergeschützte und saubere Wartestellen mit Sitzgelegenheiten, Schließfächern, Toiletten sowie Parkplätzen und eine zumindest kleine Einkaufsmöglichkeit für den Reisebedarf zählen zu den Grundvoraussetzungen“, mahnte Klaus Sedelmeier, Vorsitzender des Verbandes Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer (WBO).

Diese Aussagen bestätigten auch die Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage zum Fernbusmarkt, welche der BWiHK und der WBO gemeinsam im Vorlauf zum Kongress durchgeführt hatten. Insgesamt wurden über 200 Akteure angeschrieben, von denen mehr als jeder Fünfte geantwortet hatte. Die Marktsituation – nicht nur in Deutschland – beleuchtete eingehend Christoph Gipp, Geschäftsführer und Bereichsleiter Mobilität, IGES Institut. Leicht steigende Fahrgastzahlen bei leicht sinkenden Linienzahlen sind die momentanen Markttendenzen. Gipp sah auch den Trend zu weiterer Internationalisierung beim Fernbus. Die Ergebnisse der bundesweiten Umfrage sowie sämtliche Unterlagen zum Kongress sind abrufbar unter

www.busforum.de